

erlanger linke- Rathausplatz 1- 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 27.04.2015

Antragsnr.: 064/2015

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/ZV

mit Referat:

Rathaus, Zimmer 127

Büro: Montag 15-18 Uhr*Sprechstunde:* Montag 17-18 Uhr*mail:* erlanger-linke@stadt.erlangen.de

Erlangen, den 27.04.2015

Dringlichkeitsantrag zur Stadtratssitzung am 30.04 2015:**Erlangen unterstützt eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

wir beantragen:

Die Stadt Erlangen unterstützt das Anliegen der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten, damit ihre Tätigkeit mehr wert ist, als es das derzeitige Niveau ihrer Eingruppierung zum Ausdruck bringt. Die Arbeit zur Betreuung von Kindern, Kranken und alten Menschen, die Arbeit für frühkindliche Bildung, für Inklusion und Ausgleich von Benachteiligung muss mindestens so wertgeschätzt werden wie die Arbeit bei Finanzdienstleistern oder die Arbeit zur Herstellung von Autos oder Maschinen.

Der Stadtrat fordert Oberbürgermeister Dr. Janik auf, sich im Rahmen des Verbandes kommunaler Arbeitgeber dafür einzusetzen, den Forderungen der Gewerkschaften zur Eingruppierung der Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes umgehend entgegen zu kommen.

Begründung:

Seit Wochen machen die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen im Rahmen der laufenden Tarifverhandlungen auf ihre missliche finanzielle Lage aufmerksam. Da verbale oder schriftliche Forderungen nicht wirklich Gehör fanden, kam es unter anderem auch in Erlangen zu zahlreichen Arbeitsniederlegungen.

Nun kommt es darauf an, durch einen zügigen Abschluss der Tarifverhandlungen auch ein bundesweites Zeichen zu setzen, dass die bestehenden Gehaltsgefälle zwischen Beschäftigten, die mit der Betreuung von Menschen befasst sind und denjenigen, die mit Technik oder etwa Finanzdienstleistungen befasst sind, angeglichen werden. Kinder, Alte und Kranke müssen uns genauso viel Wert sein, wie Autos oder Finanzderivate.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ist gegeben, da die Tarifverhandlungen gescheitert sind und die Gewerkschaften in Erzwingungsstreik treten müssen. Durch anhaltende Streiks wird die Funktionsfähigkeit der Stadt beeinträchtigt. Die Eltern werden über Maßen belastet.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)